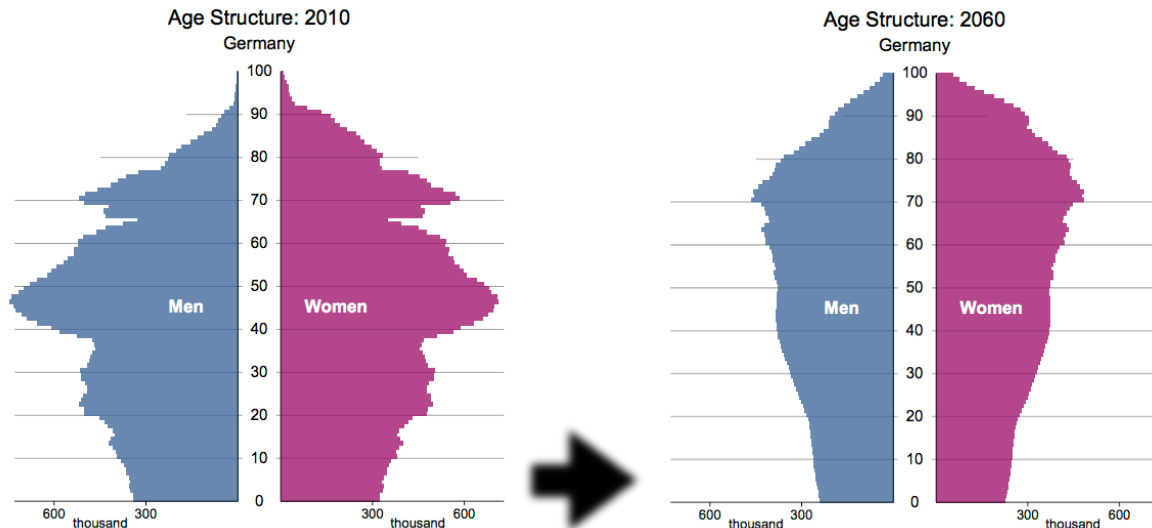


Debate report
“Die große Koalition ist mit dem Rentenpaket auf dem falschen Weg.”
2. Juli 2014

In Deutschland werden wir in Zukunft in einer Gesellschaft leben, die sowohl kleiner als auch älter sein wird, als die heutige. Laut dem Statistischen Bundesamt wird sich die Populationspyramide der deutschen Bevölkerung in den kommenden Jahren drastisch verändern:



Heute leben ungefähr 82 Millionen Menschen in Deutschland, im Jahre 2060 werden es nur noch 65 Millionen sein. Etwa 22 Millionen Menschen werden zu diesem Zeitpunkt das Rentenalter erreicht haben. Zu der nicht arbeitenden Bevölkerung gehören dann nur noch 32,6 Millionen Menschen. Das sind weniger als 1,5 Steuerzahler pro Pensionär. Heutzutage liegt das Verhältnis noch bei 3:1.

Dass dieser demografische Wandel auf uns zukommt ist schon lange bekannt. Unter Gerhard Schröder hat die SPD deshalb das Rentenalter auf 67 Jahre erhöht und unsere europäischen Nachbarländer sollten ähnliche Reformen beschließen.

Doch im Bundestag schauen wir nun einer Entwicklung entgegen, die in eine komplett andere Richtung geht. Die SPD will ein früheres Rentenalter mit 63 Jahren und die Union die Mütterrente, die zwei Erziehungsjahre für die Auszahlung der Altersvorsorge anerkennt. Beide Regelungen sind nun Bestandteil des Rentenpakets, das bereits von der Koalition abgesegnet wurde. Nach eigener Schätzung belaufen sich die Kosten auf 160 Billion €.

Trotz der enormen Ausgaben will die Koalition nun diese Reform realisieren. Ist das ein Schritt in die richtige Richtung? Oder war der Entschluss für das Rentenpaket leichtsinnig und unbedacht angesichts des bevorstehenden demografischen Wandels und der hohen Kosten die auf uns zukommen werden? Profitieren nur diejenigen von der Reform, die als Steuerzahler oder Eltern schon ihren Beitrag an die Gesellschaft geleistet haben? Wir haben uns entschlossen diese Fragen in Kooperation mit der Europäischen Kommission zu diskutieren. Mit folgender These gingen die Berlin Debates in eine weitere Runde:

Die Große Koalition ist mit dem Rentenpaket auf dem falschen Weg.

Auf dem Podium verfolgten wir Marcel Fratzscher, den Präsidenten des Deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts und Hans-Jürgen Urban, einen Executive Board Member der IG Metall. Fratzscher fungierte als Herausforderer und plädierte für oben stehende Aussage, die Anstoß unserer Diskussionsrunde war. Urban stand ihm mit als Verfechter des Rentenpakets gegenüber und nahm die gegensätzliche Position zu der Diskussionsthese an. Im Publikum saßen Vertreter aller Generation im Alter von 18 bis 70 Jahren, sowie Repräsentanten der unterschiedlichsten politischen Richtungen, mit dabei unter anderem die Jungen Liberalen und Kommunisten des RotFuchs Fördervereins.

Eröffnet wurde die Diskussion von Marcel Fratzscher. Gleich zu Beginn wies er auf die hohen Kosten der Reform hin und auf die Gefahr, dass folglich Abstriche bei wesentlichen Dingen wie der essentiellen Verbesserung der Infrastruktur in Deutschland gemacht werden müssen.

Hans-Jürgen Urban setzte daraufhin entgegen, dass hier weniger der finanzielle Aufwand im Fokus stehen sollte, sondern vielmehr die dadurch steigende Nachfrage und Konsumbereitschaft, die in Deutschland lange stillstand. Durch diese Umverteilung hätten diejenigen am unteren Ende der Einkommensskala den größten Vorteil.

Fratzscher entgegnete, dass die Reform nicht den Einkommensschwächsten helfen würde und man Deutschlands wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setze, die seit Schröders Reformen hart erkämpft wurden.

Urban betonte noch einmal, dass die deutsche Wirtschaft durch die Rentenreform vor allem an der Konsumbereitschaft der Pensionäre profitieren würde und wies Fratzschers Argument zurück indem er erklärte, dass die deutsche Wettbewerbsfähigkeit durch Qualität und Produktivität gewinnen wird, und nicht durch Kostenminderung. Die verhältnismäßig geringen Löhne in Deutschland sorgten unter anderem dafür, dass Länder der Eurozone nicht mit der wettbewerbsstarken deutschen Wirtschaft konkurrieren konnten, was als eine Ursache der Schuldenkrise angesehen wird. Eine gleichmäßige Lohnentwicklung in der EU mit einem geringen Anstieg der Löhne in Deutschland würde dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht stabilisieren.

Fratzscher sah ein großes Risiko für Deutschland zu dem schwachen Status zurückzukehren, den Deutschland in der EU vor zehn Jahren an den Tag legte.

Urban sagte außerdem, dass die Kosten, die durch das frühere Rentenalter entstehen würden durchaus tragbar wären. Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass sich durch die Erhöhung des Rentenalters automatisch das Arbeitsleben verlängern würde: viele würden aus unterschiedlichen Gründen frühzeitig in Rente gehen. An dieser Stelle sprach er sich für

die Flexirente aus, die nach Absprache mit dem Arbeitgeber jedem Beschäftigten ermöglicht, selbst zu entscheiden wie lange er erwerbstätig sein will und kann.

Fratzscher kam auf sein Argument zurück, dass die Reform zu viele Steuergelder aufs Spiel setze. Immer noch würde er eine Investition in eine bessere Infrastruktur für eine sinnvollere und nachhaltigere Lösung halten, als eine Reform, die den Verbrauch in Deutschland ankurbelt.

Das Thema „Private Altersvorsorge“ war außerdem Bestandteil der Diskussion. Während Fratzscher als ein großer Befürworter auftrat, kritisierte Urban, dass Riester-Systeme viel unzuverlässiger seien als die gesetzliche Altersvorsorge und das letztere von der Mehrheit der Deutschen hauptsächlich in Anspruch genommen werden sollte.

Es folgte eine lebhafte Diskussion unter Einbeziehung des Publikums, währenddessen das Thema unter verschiedenen Perspektiven betrachtet wurde, die sich vor allem generationsabhängig differenzierten. Die älteren Teilnehmer, vorrangig handwerklich tätig, schilderten, dass in Ihrem Berufsfeld Arbeiter über 55 Jahre oftmals deutlich weniger produktiv seien. Jüngere beunruhigte der Schuldenberg, der hauptsächlich auf den Schultern ihrer Generation liegt.

Urban bemerkte, dass Staaten nur durch Wirtschaftswachstum aus den Schulden herauskommen können, nicht durch Sparmaßnahmen. Genau wie Fratzscher ist er der Meinung, dass Deutschland unbedingt in die öffentliche Infrastruktur investieren müsse, das dies allerdings nicht im Austausch gegen private Altersvorsorge passieren dürfe.

Letztendlich sprach Fratzscher eine Warnung aus, dass die deutsche Wirtschaft nicht annähernd so stark sei wie meist angenommen. Das Rentenpaket würde diese erheblich überstrapazieren. Nocheinmal wies er nachdrücklich daraufhin, dass durch die neue Reform weniger Geld für andere essentielle Investitionen zur Verfügung stünde.

Urban nannte zum Schluss noch einmal die Vorteile der Reform insbesondere für arbeitsunfähige Bürger. Außerdem ist er überzeugt davon, dass die Kosten, die durch die Reform entstehen durchaus zu tragen sind, vor allem weil sie zu einer größeren Nachfrage in der Wirtschaft führen.

Zu guter Letzt sollte der Saal über die zentrale Aussage der Debatte abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Für die Aussage:	43%
Gegen die Aussage:	34%
Enthaltungen:	23%

Die Mehrheit der Anwesenden lehnte damit die Reform der Großen Koalition ab – ein gegensätzliches Ergebnis zu dem was im Bundestag beschlossen wurde. Wir hoffen, dass unser Publikum auch in den kommenden Jahren mit großem Interesse diesem Thema mit allen seinen Streitpunkten und den daraus resultierenden Konsequenzen folgen wird.